

## Beschluss Den Klimaschutz sozial und gerecht gestalten

Gremium: Landesausschuss  
Beschlussdatum: 18.03.2026  
Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

### Antragstext

1 Die Klimakrise trifft uns alle, auch hier in Berlin. Aber sie trifft nicht alle  
2 gleich. Sie trifft ganz besonders jene Menschen, die in stark versiegelten  
3 Kiezen mit wenig Grünflächen und in schlecht gedämmten Wohnungen leben. Sie  
4 trifft Menschen, die berechtigte Angst haben, nach einer energetischen Sanierung  
5 eine noch höhere Miete zahlen zu müssen. Sie vor allem haben unter den sozialen,  
6 gesundheitlichen und finanziellen Folgen der Klimakrise zu leiden.

7 Deutlich weniger trifft sie Wohlhabende, die in gut gedämmten Häusern leben,  
8 sich Kühlung, Heizung und teurere Lebensmittel nach Dürren leisten können.  
9 Gleichzeitig verursachen sie mit ihrem Lebensstil um Dimensionen mehr  
10 Treibhausgasemissionen. Eine gerechte und damit überzeugende Klimaschutzpolitik  
11 muss daher diejenigen zur Kasse bitten, die für die Klimamisere verantwortlich  
12 sind. Als Hauptverursacher\*innen haben die Reichen und Wohlhabenden die  
13 finanziellen Lasten zu tragen. Und vor allem sie müssen ihr Übermaß an  
14 Emissionen drastisch reduzieren. Denn während in Deutschland die ärmere Hälfte  
15 der Bevölkerung mit ihren Pro-Kopf-CO<sub>2</sub>-Emissionen fast schon das Klimaziel für  
16 2030 erreicht, liegt das oberste Prozent der Ultrareichen bei ihren Pro-Kopf-  
17 Emissionen um das 15-fache darüber. Nur eine Klimapolitik, die dem Prinzip  
18 folgt, "wer schädigt, muss zahlen", ist sozial und gerecht.

19 1.

20 Klimaschutz gibt es nicht zum Nulltarif. Er kostet umgekehrt ein Vielfaches,  
21 wenn er – wie derzeit in Berlin – verschleppt wird. Gleichzeitig darf  
22 Klimapolitik nicht in Verdacht geraten, gesellschaftliche Ungerechtigkeit  
23 auszublenden und ungerechte Härten zu kreieren. Klimaschutzpolitik hat auch für  
24 mehr Verteilungsgerechtigkeit im Land zu sorgen. Wir setzen uns auf Bundesebene  
25 für eine Vermögensteuer ein, die die Superreichen der Gesellschaft dazu  
26 verpflichtet, einen kleinen Teil ihres Vermögens abzugeben. So entstehen neue  
27 Einnahmen, die für die Zukunftssicherung, insbesondere auch für  
28 Klimaschutzmaßnahmen, genutzt werden können. Vorschläge wie das Steuerkonzept  
29 des französischen Ökonomen Gabriel Zucman sind gut und wichtig, denn sie finden  
30 in verschiedenen europäischen Ländern breiten Anklang und Unterstützung und  
31 eröffnen so die Chance einer länderübergreifenden Einführung. Des Weiteren  
32 sprechen wir uns auf Bundesebene für eine Reform der Erbschaftsteuer zur  
33 Schließung von Gerechtigkeitslücken und Verhinderung unbegrenzt steigender  
34 Vermögenskonzentration aus.

35 2.

36 Die Mieter\*innenschaft hat schon wegen der immensen Energiepreise ein großes  
37 Interesse daran, dass ihre Häuser besser gedämmt und klimafreundlicher mit Wärme  
38 versorgt werden. Auch um zu verhindern, dass Mieter\*innen für den Großteil der  
39 Kosten aufkommen müssen, brauchen wir langfristige Förderprogramme, deren

40 Inanspruchnahme in den mehr als 80 Milieuschutzgebieten Berlins Voraussetzung  
41 für die Erteilung einer Genehmigung sein sollte. Beim Heizungstausch sind  
42 Mieter\*innen durch klare Grenzen geschützt. Die Umlage der Investition ist mit  
43 10 Prozent pro Jahr, höchstens 0,50 Euro pro Quadratmeter gedeckelt, für ärmere  
44 Haushalte gilt eine Härtefallregelung.

45 Das löst aber das Problem der Modernisierungsumlage nicht. Wir fordern schon  
46 lange die Abschaffung der bestehenden Regelung und stattdessen ein Umlagesystem,  
47 das auch Vermieter\*innen bei der Finanzierung in die Pflicht nimmt. Wenn wir  
48 eine Beschleunigung der Gebäudesanierung bzw. Wärmewende im Gebäudebereich  
49 erreichen wollen – und das ist dringend nötig angesichts der Sanierungsquote von  
50 1 % – müssen wir umso dringender für eine gerechte Reform der Umlageregelungen,  
51 etwa durch das Drittelmodell sorgen, bei dem Mieter\*innen, Vermieter\*innen und  
52 Staat die Kosten teilen. Zudem braucht es langfristige, verlässliche  
53 Förderprogramme.

54 3.

55 Alle Berliner\*innen, die bei knapper Kasse oder in prekären Verhältnissen leben,  
56 sind auf den Öffentlichen Nahverkehr angewiesen, um sich in der Stadt bewegen zu  
57 können. Wir Grüne werden uns auf Bundesebene für den Erhalt des  
58 Deutschlandtickets und eine dauerhafte Rückkehr zum Ursprungspreis von 9 Euro im  
59 Monat einsetzen. Den Anfang machen wir mit dem bundesweit gültigen Berliner  
60 Klimaticket: Menschen mit wenig Geld, die heute noch über 27 Euro für das  
61 Sozialticket zahlen müssen, bieten wir bezahlbare und klimafreundliche Mobilität  
62 für 9 Euro im Monat an. Schüler\*innen und Freiwilligendienstleistende fahren mit  
63 dem Berliner Klimaticket bundesweit sogar kostenlos. Außerdem setzen wir uns für  
64 ein Azubiticket nach dem Vorbild des Semestertickets ein. Bei Azubi- und  
65 Semesterticket machen wir die Fahrradmitnahme außerhalb der Spitzenzeiten  
66 kostenlos. Außerdem forcieren wir die Ausweitung des Jobtickets als von  
67 Arbeitgeber\*innen mitfinanziertes, vergünstigtes Deutschlandticket.

68 4.

69 Den vom Senat beschlossenen Klimapakt, der für Klimaschutz in kommunalen  
70 Unternehmen Ausgaben in Höhe von 13,6 Mrd. Euro bis 2030 vorsieht, wollen wir um  
71 soziale Verpflichtungen erweitern:

72 a. Die für Energiesanierung und Heizungsumbau vorgesehenen Investitionen in den  
73 landeseigenen Wohnungsunternehmen (LWU) werden für die Bewohnenden  
74 sozialverträglich umgelegt. Hierzu werden verbindliche Sanierungsfahrpläne für  
75 die betroffenen Quartiere in Abstimmung mit den Mieterräten und Mieterbeiräten  
76 vereinbart. Die Mieterhöhungen sind sozial gestaffelt und auf den durch die  
77 Energiesanierung erzielbare finanzielle Einsparung zu begrenzen.

78 b. Vorrangig und beschleunigt werden entsprechend der Energy Performance of  
79 Buildings Directive (EPBD) der EU Gebäude saniert, die in einem energetisch  
80 besonders schlechten Zustand sind und in denen sich erfahrungsgemäß überwiegend  
81 wirtschaftlich benachteiligte Mietparteien befinden.

82 c. Die kostenfreien Beratungsangebote etwa vom Bund für Umwelt und Naturschutz  
83 Deutschland (BUND) oder der Verbraucherzentrale zur Reduzierung des  
84 Energieverbrauchs und der damit verbundenen Kosten werden so ausgebaut, dass sie  
85 allen Mieter\*innen zugänglich sind. Wir setzen uns dafür ein, dass Berlin allen

86 von Energiearmut betroffenen Haushalten eine kostenfreie Energieberatung  
87 ermöglicht.

88 d. In das gesamte Programm werden auch die Wohngenossenschaften in Berlin  
89 einbezogen. Auch soll ein Fonds eingerichtet werden, aus dem von Energiearmut  
90 betroffenen Haushalten energieeffiziente Kühlschränke und andere der  
91 Verringerung des Energieverbrauchs dienliche Maßnahmen finanziert werden. Die  
92 Berliner Energie und Wärme (BEW) wird verpflichtet, mit der Dekarbonisierung der  
93 Fernwärmeversorgung zugleich das Tarifsysteem umzugestalten. Ziel ist ein sozial  
94 gestaffeltes Tarifsysteem, bei dem Haushalte mit geringem Einkommen spürbar  
95 entlastet werden.

96 e. Es ist für eine Korrektur der BEW-Planungen zu sorgen, die bisher bei der  
97 Dekarbonisierung der Wärmeerzeugung auch auf Holzverbrennung setzt. Denn sie  
98 schlägt damit nicht nur einen klimaschädlichen Weg ein, sondern sie treibt damit  
99 auch die Kosten der Wärmeversorgung voraussichtlich in die Höhe. Schon jetzt  
100 erleben wir stark steigende Preise für Energieholz, die hinsichtlich der  
101 Vielzahl von geplanten Holzheizkraftwerken deutschlandweit weiter steigen  
102 dürften.

103 5.

104 Unser Ziel, eine Million neue Bäume in Berlin zu pflanzen und die Bäume unserer  
105 Stadt verlässlich zu pflegen, muss konsequent und vor allem sozial gerecht  
106 umgesetzt werden: Alle Maßnahmen, die mehr Grünflächen, Bäume und Natur, mehr  
107 Entsiegelung und hitzeentlastende Kühlung in die Wohnviertel bringen, verbessern  
108 dort die Lebensqualität. Sie schützen vor extremer Hitze und vor anderen lokalen  
109 Folgen der Klimakrise. Sie sollen daher vorrangig in den Kiezen mit sozial und  
110 wirtschaftlich benachteiligter Bevölkerung eingesetzt werden, die in aller Regel  
111 an Grünflächen unterversorgt sind und in denen sich die Bewohner\*innen weniger  
112 vor Hitze schützen können. Diese Wohnviertel sind mit dem Berliner  
113 Umweltgerechtigkeitsatlas klar identifiziert und benannt. Mittel für  
114 Grünflächenämter wollen wir in Zukunft zweckgebunden verteilen und an realen  
115 Kosten bemessen.

116 6.

117 Die Bundesregierung ist aufgefordert, unverzüglich einen Klima-Sozialplan  
118 (Social Climate Plan) aufzustellen, der es ermöglicht, aus dem Klimasozialfonds  
119 der EU, der aus den Erträgen der CO<sub>2</sub>-Zertifikate finanziert ist, Gelder  
120 abzurufen. Aus diesem Plan kann Berlin zusätzliche Maßnahmen für Beratung und  
121 Energieeinsparungen in von Armut und Energiearmut betroffenen Haushalten  
122 finanzieren.

123 7.

124 Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung müssen an die Menschen zurückgegeben werden,  
125 dabei sollen insbesondere die finanziell am stärksten betroffenen Menschen  
126 entlastet werden.